



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses
am 10. März 2010

Revisionsamt, Konradinerallee 11, Kubus A, Raum 3.070 (Raum Mosburg)

Vorsitz :

Torsten Tollebeek (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:10 Uhr
Beginn (nicht öffentlicher Teil): 19:15 Uhr

Ende: 19:15 Uhr
Ende: 20:15 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 03/10 NÖ (Drucksachenband 144)

Drucksachenlisten DL Nrn. 06/10, 07/10 (Drucksachenband 145)

Drucksachenlisten DL Nrn. 09/10 (Drucksachenband 146)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 10. März 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

öffentliche Sitzung

0032 Tagesordnung

1. Punkt 12 (10-V-52-0001) wird von der Tagesordnung wegen Nicht-Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung abgesetzt.
2. Die Punkte 7 und 17 werden wegen der Anwesenheit des Dezernenten direkt hinter einander aufgerufen und behandelt.
3. Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0033 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27.01.2010 wird genehmigt.

Einstimmig

Die nachfolgenden Punkte (Beschluss Nr. 0034 bis 0039 werden ohne Aussprache abgestimmt.)

0034 10-V-40-0003

GS Bierstadt - brandschutztechnische Altbauertüchtigung - i. V. mit SOKO-SV 09-V-40-0401

Einstimmig

0035 10-V-37-0001

Umbuchen von Haushaltsmitteln für investive Beschaffungen in 2009

Einstimmig

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 10. März 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0036 10-V-20-0003

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.12.2009 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Einstimmig

0037 10-V-20-0011

Weiterer Ausbau onlineRathaus

Einstimmig

0038 10-V-51-0002

Ersatzneubau und Schaffung weiterer Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren in der Kindertagesstätte der Ev. Bodelschwingh-Kirchengemeinde in Kloppenheim

Einstimmig

0039 10-V-14-0001

Prüfung der Eröffnungsbilanz 2007

Einstimmig

0041 10-A-19-0001

Wahl eines/einer Schriftführers/Schriftführerin

Als Nachfolgerin von Stv. Reitz wird Stv. Kienast-Dittrich zur Schriftführerin durch Handaufheben gewählt.

Einstimmig

0042 08-V-82-0002

Feststellung des Jahresabschlusses 2007 der Kurbetriebe der LH Wiesbaden

Der Bericht von Dezernat VII zu den unterschiedlichen Rechtsauffassungen in Bezug auf die Eintragung/Nichteintragung ins Handelsregister wird zur Kenntnis genommen.
Die Angelegenheit hat für den Ausschuss dadurch ihre Erledigung gefunden.

Einstimmig

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 10. März 2010

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0043 **10-F-07-0011**

Bewirtschaftung der Erlebnismulde auf dem Neroberg
- Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 02.03.2010 -

Der Antrag der Bürgerliste Wiesbaden wird angenommen.

Einstimmig

0044 **10-F-07-0012**

Verteilung von Druckerzeugnissen des Kulturamtes
- Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 02.03.2010 -

Nach kurzer Diskussion, ob der Antrag nicht auf Druckerzeugnisse der gesamten Stadtverwaltung ausgedehnt werden soll, wird dieser Gedanke verworfen, da es in der jüngsten Vergangenheit dazu schon Aussprachen gab, aber nicht die gesamte Verwaltung lahm gelegt werden soll.

Außerdem sind gerade die Druckerzeugnisse des Kulturamtes diejenigen, die in großer Anzahl und auf unterschiedlichen Wegen den Stadtverordneten mehrfach vorgelegt werden.

Der Antrag der Bürgerliste Wiesbaden wird angenommen.

Einstimmig

0045 **10-V-52-0002**

Bundeshauptversammlung des Bundes Deutscher Radfahrer e.V. vom 14. - 16. April 2011
in Wiesbaden Rhein-Main-Hallen

Der Ausschuss stimmt der Vorlage (mit Ausnahme der BLW) grundsätzlich zu, erwartet aber Aufklärung darüber, wann mit den Vorarbeiten zur Auftragsvergabe begonnen wurde.

Dieser Punkt wird in der Sitzung des Ausschusses am 21.04.2010 erneut aufgerufen.

gegen BLW

0046 **07-A-19-0022**

Empfehlungsprotokolle der Betriebskommission der ELW und der TriWiCon

Stv. Kienast-Dittrich ist ein Additionsfehler im Jahresabschluss 2008 aufgefallen (es fehlen 11.675 €). Es ist wenig Vertrauen erweckend, wenn ein so offensichtlicher Fehler schon beim ersten Durchlesen auffällt.

Der Ausschuss bittet nach eingehender Diskussion den Magistrat um Mitteilung,

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 10. März 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

1. in welcher Art und Weise die Prüfung vorgenommen wurde,
2. wer für die Innenrevision der Kurbetriebe zuständig war bzw. wie die interne Prüfung durchgeführt wurde,
3. wer bei den Kurbetrieben für die Erstellung des Jahresabschluss zuständig war und
4. wie die Differenz bei den Mehreinnahmen von 11.675 € zu erklären ist.

Der Ausschuss wird den Punkt in seiner Sitzung am 21.04.2010 erneut aufrufen und bittet dazu den Magistrat

- den Jahresabschluss 2008 gemeinsam mit dem seinerzeit beauftragten Wirtschaftsprüfungsunternehmens nochmals zu überprüfen und dabei insbesondere auf Additions- und Subtraktionsfehler zu achten und
- im nicht öffentlichen Teil gemeinsam mit dem beauftragten Wirtschaftsprüfungsunternehmen über die Ergebnisse der vorgenannten Überprüfung zu berichten.

Stv. Reiß bittet zudem darum, die fehlende Seite 5 aus dem Protokoll vom 03.12.2009 dem Ausschuss vorzulegen. Er fragt außerdem nach dem Stand zum Status des Jagdschlusses Platte.

Herr Schäfer stellt klar, dass nach Beschlussfassung in der Betriebskommission eine Sitzungsvorlage eingebracht wird.

Dieser Punkt wird in der Sitzung des Ausschusses am 21.04.2010 erneut aufgerufen.

Einstimmig

0047 09-F-01-0110

Rhein-Main-Hallen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 26.11.2009 -

Stv. Gerich fragt nach, wie denn der Sachstand zur juristischen Prüfung Rhein-Main-Hallen ist, wie hoch die Pachtzahlungen sind, wie die Problematik der Sprinkleranlage in der Garderobe im Untergeschoss geregelt wurde und ob es eine Klärung bezüglich der Lamellenfassade gegeben hat.

Herr Schäfer berichtet dazu, dass

- die juristische Prüfung von der Kanzlei Wallenfels und Partner durchgeführt wird, der Aufsichtsrat Zug um Zug vorgehen und zurzeit gegen das Honorar des Architekturbüros vorgegangen (Kürzungen des Honorars) wird,
- die Lamellenfassade gesondert betrachtet wird (hier evtl. Ersatzleistungen), bereits versucht wurde, eine gütliche Einigung herbeizuführen und jetzt Schadenersatzforderungen geltend gemacht werden und es möglicherweise danach zum Prozess kommen wird,
- die staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen den ehemaligen Geschäftsführer gesondert betrachtet werden müssen und mit diesem Teil noch nichts zu tun haben,

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 10. März 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

-
- keine Verjährungsfristen eintreten werden und alle Punkte gewissenhaft nach einander abgearbeitet werden,
 - die Pachtzahlungen (2,7 Mio €) sind 2008 neu verhandelt wurden. Es wurden 1 Mio € Pacht, sämtliche Abschreibungen und alle Auslagen, die mit dem Gebäude verbunden sind, addiert. Die Stadtverordnetenversammlung hat Ende 2008 beschlossen, diesen Betrag dem Mietvertrag zu Grunde zu legen.
 - es keiner Sprinkleranlage im Garderobenbereich des Untergeschosses bedarf. Mit der Feuerwehr wurde ein Brandschutzübergangskonzept verhandelt. Es geht nicht um Sachanlagenschutz, sondern um den Schutz von Personen. Das Rettungskonzept wird ohne Nachrüstung der Sprinkleranlage möglich sein (z. B. Rettungswegekonzept, Wasserdruck erhöhen). Die Entfluchtung in der Rhein-Main-Halle ist gesichert.

Zum Antrag liegt ein schriftlicher Bericht vor, der zur Kenntnis genommen wird. Durch den schriftlichen Bericht und die mündlichen Ausführungen von Herrn Schäfer hat die Angelegenheit ihre Erledigung gefunden.

Einstimmig

0048 09-V-66-0313

Bauernbrücke in Mainz-Amöneburg, Rückbau-Kostenänderung
HIER: mdl. Bericht - Übersicht Anzahl Bauprojekte, Volumina, Überschreitungen usw.

Prof. Dr. Pös stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die Anzahl und die Volumina der Bauprojekte 2009 und 2010 vor.

Die Präsentation wird den Ausschussmitgliedern in digitaler Form und teilweise auch in Papierform zur Verfügung gestellt.

Anlässlich dieser Sitzungsvorlage wird der Ausschuss auch zukünftig zu Jahresbeginn über die geplanten Bauvorhaben informiert.

Einstimmig

0049 10-V-66-0304

Verkehrssicherung an Fahrbahn- und Gehwegflächen - zusätzliche Mittel

Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0050 10-A-19-0002

Finanzierung Pariser Hoftheater
- Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion des Ortsbeirates Wiesbaden-Mitte vom
04.02.2010 -

Grundlage ist hier ein Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion des Ortsbeirates Wiesbaden-Mitte, in dem der Magistrat und der Revisionsausschuss gebeten wird, eine Reihe von Fragen zu beantworten.

Herr Schaab (WIM-Liegenschaftsfonds) ist zu diesem Punkt anwesend und berichtet zu den einzelnen Fragen Folgendes:

Zu 1. + 2. Die Sanierung wurde in enger Abstimmung mit den Theaterbetreibern geplant. Es standen insgesamt 2,41 Mio € zur Verfügung. In diesem Betrag sind 400.000 € Förderung der Landeshauptstadt Wiesbaden enthalten. Der Gesamtbetrag wurde ausgeschöpft, aber nicht überschritten.

Der Großteil des Betrages von 2 Mio € wurde durch den WIM-Liegenschaftsfonds auf dem Kapitalmarkt aufgenommen.

Die Theater-Betreiber haben selber Eigenleistungen erbracht bzw. direkt Handwerker beauftragt. Dazu liegen der WIM keine Rechnungsunterlagen vor.

Grundsätzlich muss zwischen 2 Ansprechpartnern unterschieden werden: die Pariser Hoftheater GmbH und der Verein zur Förderung der Theaterkunst, wobei die Geschäftsführer für beide Bereiche die Selben sind (Frau Fischer, Herr Weber).

Zu 3. + 4. Der Verein zur Förderung der Theaterkunst erhält einen institutionellen städtischen Zuschuss in Höhe von 151.000 € p. a., der jeweils von der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen des städtischen Haushalts beschlossen wird und nicht zweckgebunden ist, sondern für den Kulturbetrieb allgemein eingesetzt werden kann.

Im Jahr 2009 wurde außerdem noch ein Sonderzuschuss der LHW für Theaterinvestitionen (Scheinwerfer, Stühle usw.) in Höhe von 50.000 € durch die Stadtverordnetenversammlung gewährt. Dazu liegt der Verwendungsnachweis noch nicht vor.

Die Höhe des Eigenanteils des Vereins zur Förderung der Theaterkunst wird dem Ausschuss noch vorgelegt.

Der Verein zur Förderung der Theaterkunst ist verpflichtet, der LHW sowohl den Jahresabschluss und als auch den Prüfbericht über die Verwendung des institutionellen Zuschusses vorzulegen.

Zu 5. Der WIM-Liegenschaftsfonds hat 2 Mietverträge mit der Pariser Hoftheater GmbH abgeschlossen. Ein Vertrag bezieht sich auf den Betrieb der Gastwirtschaft und einer auf den Betrieb des Theaters. Das Recht zur Untervermietung der Gastwirtschaft wurde vertraglich eingeräumt. Es wurde außerdem festgelegt, dass die Gastwirtschaft einem gutbürgerlichen Niveau entsprechen soll. Im Moment wird mit der Wiedereröffnung der Gaststätte zum 01.04.2010 gerechnet.

Erzielte Überschüsse aus der Verpachtung der Gastwirtschaft durch die Pariser Hoftheater GmbH sollten den Theaterbetrieb stützen. Dies war einvernehmlich so besprochen worden. Für den Mietvertrag, der mit der Gastwirtschaft geschlossen wurde, wurde ein angemessener Mietpreis

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 10. März 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

veranschlagt (rd. 10 €/pro m²). Der WIM-Liegenschaftsfonds hatte sich verpflichtet, eine Küche und Theke in die Räumlichkeiten der Gastwirtschaft einzubauen (im Wert von 55.000 €). Das, was darüber hinaus von den Theaterbetreibern zusätzlich eingebaut wurde, ist auch jetzt klar trennbar. Es besteht derzeit keine Möglichkeit, den Mietvertrag zwischen dem WIM-Liegenschaftsfonds und der Pariser Hoftheater GmbH zu kündigen. Dies wäre nur möglich, wenn der Vertragspartner vertragsbrüchig geworden wäre, was hier nicht der Fall ist.

Der Mietvertrag hat eine Laufzeit von 5 Jahren. Der Pächter hat eine Optionsmöglichkeit, durch die sich der Mietvertrag um weitere 5 Jahre verlängern kann. Bei Optionsausübung kann für die Zeit ab 01.10.2014 eine Neufestsetzung der Miete durch den Vermieter verlangt werden, wenn sich der vom Statistischen Bundesamt festgestellte Verbraucherpreisindex für Deutschland gegenüber dem Stand bei Vertragsbeginn um mehr als 10% ändert.

Der Revisionsausschuss nimmt die Ausführungen von Herrn Schaab zur Kenntnis und beschließt zusätzlich folgende Punkte:

1. Der Revisionsausschuss bittet den Magistrat, vor der Sommerpause (zur Sitzung 09.06.2010) den Jahresabschluss und den Prüfbericht des Vereins zur Förderung der Theaterkunst) vorzulegen. Es ist eine Beratung dazu in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen.
2. Sollte zwischenzeitlich ein Mietvertrag abgeschlossen werden, bittet der Revisionsausschuss den Magistrat um eine kurze Information darüber.
3. Der Revisionsausschuss bittet des Weiteren den Magistrat um eine Unterrichtung über die bestehenden Untermietklauseln.

Einstimmig

0051 10-V-52-0003

Sanierung der Kellerskopfhalle in Naurod - üpl.- Genehmigung für 1. Bauabschnitt

In der heutigen Sitzung ist die Kämmerei nicht vertreten. Der Vorsitzende bittet darum, die Teilnahme zukünftig sicherzustellen.

Der Sitzungsvorlage wird zugestimmt. Der Magistrat wird zusätzlich um Auskunft darüber gebeten, ob durch die Inanspruchnahme von Mitteln aus dem Bereich Brandschutz anderweitig Projekte zurückgestellt werden müssen oder gar nicht ausgeführt werden.

Dieser Punkt wird in der Sitzung des Ausschusses am 21.04.2010 erneut aufgerufen.

Einstimmig

0052 09-V-51-0090

Umzug und Erweiterung der Kinderkrippe des Trägers Fit for Family care gGmbH

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 10. März 2010

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Stv. Reiß fragt nach, wie lange denn die Mietverträge für dieses Objekt laufen, ob es evtl. zu Rückbaukosten kommen könnte und ob die Vermietung mit dem Denkmalschutz abgesprochen sei.

Zu diesem Punkt ist die Verwaltung nicht anwesend.

Die Sitzungsvorlage wird abgestimmt und zur Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung weitergegeben. Die Fragen von Stv. Reiß werden zusätzlich aufgenommen und sollen dem Ausschuss in seiner Sitzung am 21.04.2010 beantwortet werden.

Dieser Punkt wird in der Sitzung des Ausschusses am 21.04.2010 erneut aufgerufen.

Enth. BLW

0053 **10-V-51-0005**

§ 28 Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch (HKJGB)/ Darstellung der finanziellen Auswirkungen

Zu dieser Sitzungsvorlage gibt es Nachfragen. Da die Verwaltung nicht vertreten ist, wird die Beschlussfassung auf die Sitzung des Ausschusses am 21.04.2010 verschoben.

Einstimmig

0054 **09-V-51-0093**

§ 28 Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch (HKJGB) - Sachstandsbericht

Zu dieser Sitzungsvorlage gibt es Nachfragen. Da die Verwaltung nicht vertreten ist, wird die Beschlussfassung auf die Sitzung des Ausschusses am 21.04.2010 verschoben.

Einstimmig

0055 **10-V-08-0001**

Genehmigung von überplanmäßigen Investitionskosten zur Ausstattung der neuen Büroräume im Verwaltungszentrum Konradinerallee

Stv. Gerich fragt nach, ob es für den Betrag von 81.000 € schon einen Deckungsvorschlag gäbe.

Herr Löber weist darauf hin, dass auch die Kennzahlen fehlen.

Von Seiten der Verwaltung ist niemand zu dieser Vorlage anwesend.

Der Ausschuss beschließt, die Sitzungsvorlage nicht zu beschließen, sondern den Magistrat vorab um die Beantwortung folgender Fragen zu bitten:

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 10. März 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

-
- Wie hoch ist der Quotient Büromöbelkosten pro Mitarbeiter, bzw. welche Kennzahlen lagen bei der Berechnung der angeschafften Büromöbel zu Grunde und
 - in welchem Verhältnis steht die Anschaffung von Büromöbeln für das Gesundheitsdezernat zu den sonstigen Ämtern, die in die Konradinallee gezogen sind?

Dieser Punkt wird in der Sitzung des Ausschusses am 21.04.2010 erneut aufgerufen.

Einstimmig

0056 **Verschiedenes**

Den Mitgliedern des Revisionsausschusses geht in den nächsten Tagen die überarbeitete Liste der Offenen Punkte zu.

Einstimmig

NICHT ÖFFENTLICHE Sitzung ab 19.15 Uhr bis 20.15 Uhr

0060 **07-F-22-0002**

Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und FDP vom 04.06.2007 -

Um die Aufnahme dieses Punktes hatte der Vorsitzende explizit gebeten. Das Hauptamt hatte zunächst auf Rückfrage mitgeteilt, dass es kein Ergebnis gibt, über das berichtet werden könne, sondern dass die Angelegenheit nun von Herrn Oberbürgermeister Dr. Müller direkt verhandelt wird.

Herr Baum (Hauptamt) ist zu diesem Punkt in der Sitzung anwesend.
Vors. Tollebeek fragt nach, ob es richtig sei, dass die 3 Fahrzeuge in den östlichen Vororten eine Auslastung im Winterdienst von ca. 12 - 14 % hätten und bittet um eine Erklärung, warum trotz eindeutiger Beschlusslage seitens des Revisionsausschusses ein neues Fahrzeug angeschafft wurde.

Herr Baum berichtet dazu, dass im Sommer 2009 die Leistung Winterdienst ausgeschrieben wurde und ortsansässige Firmen sogar direkt angesprochen worden seien. Zum Zeitpunkt der Submission im September 2009 lagen keinerlei Angebote vor. Eines der Fahrzeuge (Breckenheimer Fahrzeug) sei irreparabel defekt gewesen, so dass nach Entscheidung von Oberbürgermeister Dr. Müller ein neues Fahrzeug mit Winterdienstausrüstung (Multicar) angeschafft wurde, das aber auch ohne Winterdienstausrüstung eingesetzt werden kann. Man habe keine andere Entscheidung treffen können, da sonst der Winterdienst nicht hätte aufrechterhalten werden können. Bei dem diesjährigen strengen Winter hätte dies zu massiven Beschwerden geführt, zumal das Salzdepot nicht in den Vororten, sondern bei ELW ansässig sei.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass Pritschenfahrzeuge, die auch dem Transport von Mensch und Maschine dienen können, angeschafft werden sollten und kein Winterdienstfahrzeug.

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 10. März 2010

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Herr Baum erklärt, dass jetzt direkte Nachverhandlungen bezüglich der Winterdienstübernahme geplant seien. Oberbürgermeister Dr. Müller werde direkt mit der ELW deswegen sprechen. Auf Nachfrage von Vors. Tollebeek sind die Gespräche für das 2. Quartal 2010 terminiert.

Auf weitere Nachfrage von Stv. Gerich erklärt Herr Baum erneut, dass ELW kein Angebot abgegeben habe.

Vors. Tollebeek kann nicht nachvollziehen, warum das Hauptamt bei der eindeutigen Beschlusslage, kein neues Fahrzeug anzuschaffen, den Ausschuss oder den Vorsitzenden nicht über den beabsichtigten Neukauf informiert hat. Man müsse sich fragen, warum überhaupt Beschlüsse gefasst würden, an die sich die Verwaltung sowieso nicht halte.

Stv. Schäfer wirft ein, dass man die Verwaltung in Schutz nehmen müsse. Sie könne sich gut die Beschwerden der Breckenheimer Bevölkerung vorstellen, wenn bei dem extremen Winter kein Winterdienst erfolgt wäre. Das Verfahren des Kaufs ohne vorherige Info an den Ausschuss kann sie allerdings auch nicht gutheißen.

Vors. Tollebeek erhält auf Nachfrage die Information, dass das Fahrzeug im November 2009 gekauft wurde. Zu dem Zeitpunkt war gar nicht damit zu rechnen, dass ein so strenger Winter Einzug halten würde. Er behält sich vor, mit dem Magistrat, Herrn Oberbürgermeister Dr. Müller und Frau Zieren-Hesse (Hauptamt) über die Vorgehensweise zu sprechen. Er würde aus so vielen Bereichen per Mail angefragt oder informiert, dass zumindest dieser Weg problemlos hätte beschritten werden können. Man hätte sicher eine Lösung finden können, aber sich über Beschlüsse hinwegsetzen ginge nicht.

Stv. Schäfer hakt noch einmal nach, warum denn ELW sich nicht an der Ausschreibung beteiligt habe und erbittet dazu einen Bericht des Magistrats.

Nach Aussagen von Vors. Tollebeek hätte man als Ausschuss ELW auffordern können, sich an der Ausschreibung zu beteiligen, aber man habe ja nicht gewusst, dass es keine Beteiligung gab.

Herr Löber fragt nach, ob es denn eine schriftliche Erklärung von ELW gäbe, warum sich diese nicht an der Ausschreibung beteiligt habe.

Frau Schupp möchte wissen, warum man denn nicht einfach bei ELW nachgefragt habe.

Dies habe man sehr wohl getan, berichtet Herr Baum. Man habe die Auskunft erhalten, dass die Ausschreibungsunterlagen auf elektronischem Weg verschwunden seien.

Der Revisionsausschuss wird sich in seiner Sitzung am 21.04.2010 mit diesem Thema erneut beschäftigen und beschließt, dass der Magistrat (Dezernat I, Dezernat I/10 und Dezernat VII) gebeten werden, im nicht öffentlichen Teil der Sitzung am 21.04.2010 zum Thema **„Optimierung Winterdienst“** anwesend zu sein.

Folgende Beratungspunkte sind für den **21.04.2010** geplant:

- Bericht über den aktuellen Organisationsstand Winterdienst
- ggfls. geplante Verbesserungen für den Winter 2010/2011
- üpl-Kosten für den vergangenen Winter 2009/2010

Seite 12 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 10. März 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

- Winterdienst in den östlichen Vororten
- Personalentwicklung im Winterdienst der ELW in den letzten 5 Jahre

Einstimmig

0061 09-A-19-0003

Prüfung Jahresrechnung 2006; HIER: IMF

Herr Bauscher (Hess. Staatstheater) und Herr Funk (Kulturamt) sind zu diesem Punkt anwesend.

Stv. Kienast-Dittrich bemängelt, dass im Prüfbericht lediglich Empfehlungen stünden und keine Maßnahmen.

Herr Zenzen (Revisionsamt) ist der Auffassung, dass das Revisionsamt auch keine Maßnahmen veranlassen kann, sondern nur Empfehlungen aussprechen darf, da man sonst nicht mehr unabhängig sei.

Herr Funk berichtet, dass man dabei sei, nach und nach alle Empfehlungen des Revisionsamtes umzusetzen. In diesem Zusammenhang würde „zeitnah“ noch in diesem Quartal bedeuten.

Stv. Gerich fragt nach, ob es nicht transparenter sei, ein separates Bankkonto für den Zahlungsverkehr einzurichten.

Der Zahlungsverkehr ist auch nach Aussagen des Revisionsamtes in seiner momentanen Form transparent. Nach Aussage von Vors. Tollebeek ist durch den Kostenkreis IMF alles einfach und überschaubar zu trennen.

Stv. Dumont fragt nach, ob nicht Dienstreiseanträge vor der Dienstreise genehmigt werden müssten.

Dies wird von Herrn Funk bejaht und dies würde auch so gehandhabt. Man müsse aber bedenken, dass es sich um Mitarbeiter des Staatstheaters handle, die dort die grundsätzliche Genehmigung für ihre Dienstreise erhielten. Wenn sie allerdings im Rahmen der IMF unterwegs seien, müsste zusätzlich die Genehmigung der Kulturdezernentin eingeholt werden, was meist nicht zeitnah vor der Dienstreise möglich sei.

Die Angelegenheit hat durch den Bericht ihre Erledigung gefunden.

Einstimmig

0059 10-V-52-0001

Altlastensanierung Sport- und Kulturhalle Breckenheim

Diese Sitzungsvorlage, die dem Amt der Stadtverordnetenversammlung vorab von Dezernat I zur Verfügung gestellt und um deren Behandlung dringend gebeten wurde, wurde nach der Magistratssitzung als nicht zur Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung

Seite 13 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 10. März 2010

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

vorgesehen deklariert. Es handele sich um die Verwendung von Restmitteln, die ohne Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung genutzt werden könnten.

Am Tag vor der Sitzung des Ausschusses wurde die Vorlage dann doch (sie stand bereits auf Tagesordnung verschiedener Ausschüsse) auf die Stadtverordnetenversammlung ausgezeichnet und dieser zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Der Revisionsausschuss befasst sich wie schon der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit nicht mit dieser Vorlage, weil die Zuständigkeit des Ausschusses und der Stadtverordnetenversammlung nicht gegeben ist.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .03.2010

Vorsitzender

Schriftführerin

Weitere Schriftführerin

Tollebeek

Kienast-Dittrich

Koba